



Bunte Linke – Kaiserstraße 62, 69115 Heidelberg

An

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg

Gemeinderatsmitglieder:

Hilde Stolz

Rohrbacher Str. 64, 69115 Heidelberg
hilde.stolz@t-online.de
Tel. 06221-6737729,
Fax 03212-1467475
Mobil 0157-58064702

Dr. Arnulf Weiler-Lorentz

Blumenstr. 45, 69115 Heidelberg
arnulf.lorenz@t-online.de
Tel 06221-26802, Fax -26803
Mobil 0170-521478

Heidelberg, 4.12.2021

TOP "Erlass einer Satzung über die Gebühren für Bewohnerparkausweise in der Stadt Heidelberg" der Gemeinderatssitzung am 9.12.2021; hier: Sachantrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum Tagesordnungspunkt stellt die Bunte Linke folgenden Sachantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

In den § 2 der Satzung wird nach dem ersten Satz eingefügt:

„Für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und einem Leergewicht von über 1.800 kg oder für Fahrzeuge mit rein elektrischem Antrieb und einem Leergewicht über 2.000 kg wird eine jährliche Gebühr von 180 Euro erhoben.“

Begründung:

Diese Fahrzeuge benötigen deutlich mehr Parkraum und belasten die Straßen stärker. - Umweltpolitisch müssen wir zudem jede Möglichkeit nutzen, den CO2-Ausstoß zu verringern, um die selbstgesetzten Klimaziele zu erreichen. Gerade im Bereich Verkehr ist die Stadt Heidelberg bisher nicht erfolgreich. Die aufgeführten Fahrzeuge, viele davon Sport Utility Vehicles (SUV), sind wesentlich größer als ein kleiner Mittelklassewagen, haben ein hohes Gewicht, und sie sind für den Stadtverkehr übermotorisiert. Die Folgen sind ein erheblich höherer Energieverbrauch und Schadstoffausstoß sowie gravierendere Unfallfolgen.

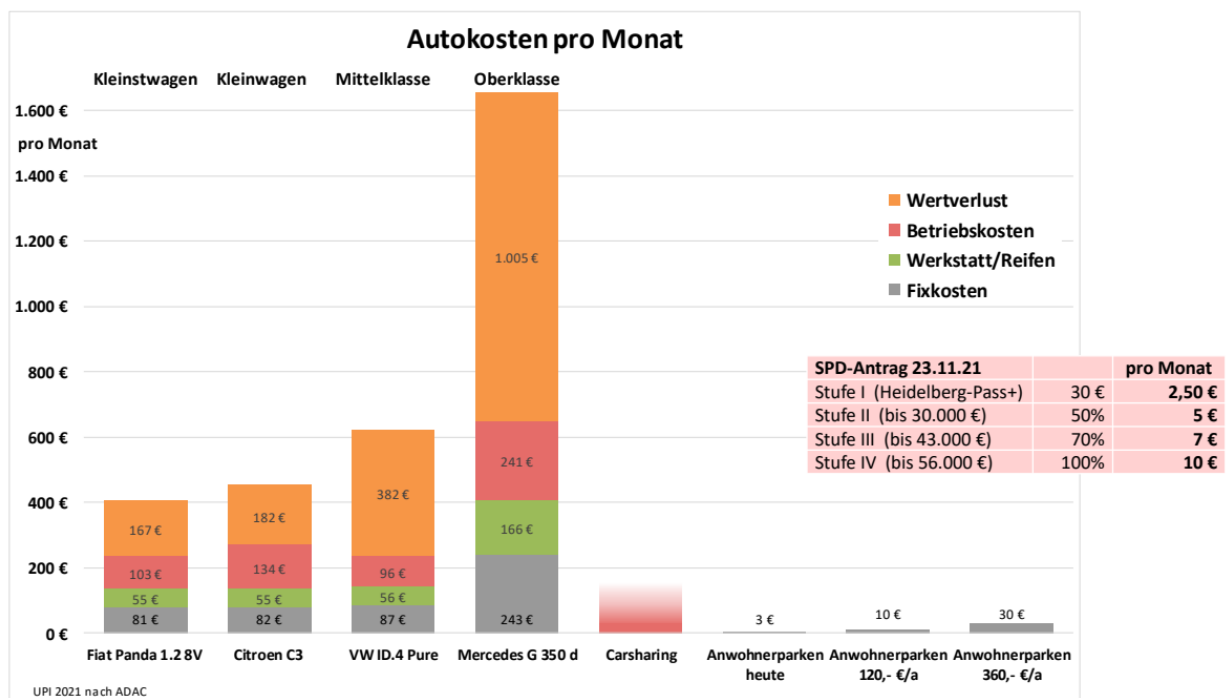
Eine entsprechende Regelung wurde auch in die Satzung für das Anwohnerparken in Tübingen aufgenommen.

Die vorgeschlagene Gebührenhöhe ist nicht kostendeckend. Die monatlichen Kosten für eine Parkplatz im Straßenraum liegen in Heidelberg zwischen 50 und 72 Euro (UPI. Klimaschutzaktionsplan der Stadt Heidelberg). Eine weitere Anhebung sollte schrittweise vorgenommen werden.

Eine sehr differenzierte Abstufung der Gebühren, wie sie der SPD-Antrag vorsieht, erscheint uns nicht sinnvoll, da sie nur mit erheblichem Verwaltungsaufwand umgesetzt werden könnte und im Vergleich zu den sonstigen monatlichen Kosten eines Kraftfahrzeuges nur einen geringen Einfluss hätte (s. Grafik).

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Arnulf Weiler-Lorentz, Hilde Stolz



www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/auto-kaufen-verkaufen/autokosten/